

Glossar zu der Monographie „Sozialpädagogische Probleme in der Nachkriegszeit“

Die Pfeile (→) kennzeichnen jeweils, zu welchen Personen bzw. Institutionen bzw. Organisationen weitere Informationen vorliegen. Die Angaben zu den Personen finden sich in den Kurzbiografien im Anhang der Monographie. Die Hinweise auf die Abbildungen im Text beziehen sich ebenfalls auf die Monographie.

AFET (Allgemeiner FürsorgeErziehungstag): Nach ersten Treffen (ab 1906) von Personen und Organisationen, die mit Angelegenheiten der FE befasst waren, konstituierten sich die Tagungsteilnehmenden 1912 als Allgemeiner FürsorgeErziehungstag (AFET) in der Rechtsform des Vereins. Ziel des Vereins war der fachliche Austausch nach Innen und die fachpolitische Interessenvertretung nach Außen. Mitglieder waren LeiterInnen und MitarbeiterInnen von FE-Heimen, FE-Behörden, öffentlich-rechtliche Kostenträger von FE, Wohlfahrtsverbände sowie Fachverbände/-organisationen (→DST, →BAGLIÄ) (vgl. Abb. 11, S. 49). Während des 2. Weltkriegs kam die Vereinstätigkeit zum Ruhen, wiederbelebt wurde sie 27.7.1946 in Vlotho. Langjähriger Vorsitzender (1924-1969) war →Johannes Wolff (Vorsteher Stephansstift Hannover-Kleefeld), Stellvertreter war zunächst Pater Petto (1946-1951), dann DCV-Präsident →Alois Eckert (1952-1962). Vorstandsmitglieder in der Nachkriegszeit waren →Hermine Albers (1946-1955, LJA Hamburg, AGJJ), Johannes Badenhop (1946-1954, Heimleiter Großburgwedel), →Elisabeth Bamberger (1956-1958, Jugendamt München; Hauptausschuss DV), →Walter Becker (1956-1976, RDir. Hamburg, →BAG Aktion Jugendschutz; Hauptausschuss des DV), Beyl (1956-1976, MR Stuttgart), →Ludwig Clostermann (1948-1953, Landgerichtsdirektor Bonn), Paul Dähling (1956-1966, Verwaltungsdirektor Braunschweig), →Wilhelm Engelman (1953-1960, CA), Rudolf Hartmann (1946-1950, Erster Schatzrat, Hannover), →Christa Hasenclever (1956-1962, AWO-HA), Friedrich Henke (1951-1964, Direktor Himmelsthür), Robert Horning (1946-1949, Pastor), Isermeyer (1949-1953, Heimleiter Himmelsthür), →Karl Janssen (1954-1978, Vorsteher des Stephansstifts in Hannover-Kleefeld), Ella Kay (1956-1966, Senatorin Berlin), Benedict Kreutz (1948-1949, DCV-Präsident), Walther Laubenthal (1958-1974, MR München); Leist (ab 1951, Heimleiter), →Gustav von Mann (1946-1958, DCV), Wilhelm Mollenhauer (1948-1968, Erziehungsdirektor Hamburg), →Franz Müller (1949-1956, DCV-Präsident, Prälat; Köln), Wilhelm Niemeyer (1946-1966, Städt. Verw.-Dir. Bielefeld), G. Rooschütz (1958-1970, Verbandsdirektor Stuttgart), Georg Suhr (1960-1964, Heimleiter Stuttgart), →Albert Stehlin (1959-1969, DCV-Präsident), Wilhelm Vins (1953-1966, Amtsgerichtsrat Dortmund). Die Geschäftsführung lag bis 1947 bei Annaliese Ohland, dann bis 1949 bei Martha Beurmann (Düsseldorf), von 1949-1957 bei Gertraude Schulz und ab 1957 bei Irmgard Fricke. Die jeweilige Geschäftsführung war verantwortlich für die Herausgabe des AFET-Mitgliederrundbriefes. Zur Beratung inhaltlicher Fragen dienten neben Fachtagungen auch die gebildeten Sonderausschüsse – wie etwa: zur „Aus-

bildung der männlichen Heimerzieherschaft“, zur „Ausbildung der weiblichen Heimerzieherschaft“, betreffend „Um- und Ausbau der Heimerziehung“, „Heimerziehung und offene Fragen“, „Finanzierung der Arbeit in den Erziehungsheimen“. Der AFET war der AGJJ korporativ angeschlossen. 1972 benannte sich der AFET in „Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe - Bundesvereinigung“ um, ab 2004 geändert in „AFET- Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.“.

Die **AGJJ (Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge)** wurde am 20.05.1949 in Rothenburg o.d.T. gegründet; die Anregung dafür ging von Landesjugendbehörden aus. Gründungsmitglieder waren neben letzteren die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die auf Bundesebene tätigen →Jugendverbände und Landesjugendringe, die kommunalen Spitzenverbände und Fachverbände der Jugendwohlfahrt (z.B. →AFET; →BAG JAW; →DV; Dt. Jugendherbergswerk) (vgl. Abb. 14, S. 52). Zu den wichtigen Aktivitäten der AGJJ gehörte die Erstellung von Gutachten, die Organisation von Fachtagungen und Erarbeitung von Empfehlungen. Den Vorsitz der AGJJ übernahmen im Wechsel SpitzenvertreterInnen der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Die Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses von der Gründung bis zur ersten Hauptversammlung im Jahr 1950 war →Maria Laarmann (MR NRW Sozialministerium). Im Zeitraum von 1950-1952 hatte →Hans Muthesius (Vorsitzender des DV) den ersten Vorsitz und →Gustav von Mann-Tiechler (→DCV, AFET) den zweiten Vorsitz. Von 1952-1959 übernahm Manfred Müller (Vorsitzender der AGEJD, Oberkirchenrat) den Vorsitz. Zweite Vorsitzende waren von 1952-1955 →Hermine Albers (AFET, LJA Hamburg), ab Juni 1955 →Maria Laarmann sowie ab Sept. 1956 →Elisabeth Bamberger (AFET, Jugendamt München). Für den Zeitraum 1959-1962 wurde →Heinrich Lades (→BMI) erster Vorsitzender, →Christa Hasenclever (→AWO-HA) löste Elisabeth Bamberger im Okt. 1960 als zweite Vorsitzende ab. Die Geschäftsführung wurde von der zuvor freien Mitarbeiterin Elisabeth Müller (1952), →Wolf Middendorff (1952-1954), Gottfried Miersch (1954-1959), Paul Ascher (kommissarisch von 1959-1960) und Klaus Rauschert (1960 bis 1964) übernommen. Die bei der Gründung eingerichteten Fachausschüsse wurden teilweise in den 1950 Jahren aufgelöst und ab 1957 durch Kommissionen, die je nach Bedarf eingerichtet wurden, abgelöst. Es gab folgende Fachausschüsse unter jeweiliger Leitung: Fachausschuss für Schrifttum, Presse und Archiv (→Rudolf Prestel), 1950 (dann Gründung einer selbständigen Organisation mit Einrichtung der Arbeitsstelle Deutsches Jugendarchiv München e.V.), Fachausschuss für staatspolitische Erziehung bis 1953 (Hans Alfken), für berufs- und heimatlose Jugend bis 1954 (Willi Weber), für Jugend und Film von 1952-1956 (Ottmar Englert). Fachausschüsse bis 1957: Jugendrecht (Gustav von Mann), Jugendpflege (Hassinger), Gefährdetenfürsorge (→Elisabeth Zillken), Erziehungsfürsorge (Hermine Albers), Ländliche Jugendwohlfahrt (Gertrud Sauerborn), Städtische Jugendwohlfahrt (→Rudolf Prestel), Ausbildungswesen (Lina Mayer-Kulenkampff), Jugendschutz (→Walter Becker) und Jugendgesundheit (Hoske). Seit 1952 gab die AGJJ unter der Schriftleitung von Gottfried Miersch, das interne „Mitteilungsblatt der AGJJ“ heraus, in dem über die Ar-

beit der AGJJ berichtet wurde. 1971 fand eine Namensänderung in „AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe“ statt.

Aktion Jugendschutz (BAJ) (Bundesarbeitsstelle), gegründet 1951, entstand aus einem von Hans Seidel und Heinrich Czeloth innerhalb der Deutschen Hauptstelle für Suchtgefahren (DHS) ins Leben gerufenen Arbeitskreis zum Jugendschutz. →Walter Becker (RDir. Hamburg), maßgeblich an der Gründung der BAJ – mit Sitz in Hamm (NRW) – beteiligt, war von 1951 bis 1972 Vorsitzender und zugleich Herausgeber der Zeitschrift „Jugendschutz“. Geschäftsführer war Hans Seidel, später Friedegard Baumann (1961). Träger der BAJ waren die ev. und kath. Kirche; der Vorstand war paritätisch besetzt. Später traten der BAJ weitere Organisationen bei: Wohlfahrtsverbände, Lehrerverbände, Frauenverbände, Gewerkschaften, Jugendverbände sowie Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden. Dominant blieben gleichwohl die Kirchen. Die BAJ errichtete eine Bundesarbeitsstelle in Münster, daneben gab es Landesarbeitsstellen u.a. in NRW, Rheinland-Pfalz und Bayern. 1955 löste sich die BAJ aus der Verbindung mit der DHS und erlangte organisatorische Selbstständigkeit.

Die **Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGFW)** wurde am 19. Oktober 1948 unter dem Vorsitz von DCV-Präsident Benedict Kreuzt gegründet und geht zurück auf die „Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege“ von 1924. Sie war ein Zusammenschluss der Spitzenverbände (→AWO; →CA (einschließlich ev. Hilfswerk), →DCV; →DPWV; DRK; ZWST), unter denen der Vorsitz alljährlich wechselte. Zentrale Aufgaben waren der Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitglieder, die Beratung der freien Wohlfahrtspflege im Hinblick auf ihre Aufgabengebiete, Stärkung und Vertretung der Position der freien Wohlfahrtspflege sowie Mitwirkung an der Gesetzgebung, Zusammenarbeit mit den öffentlichen Trägern (Bund, Land und Kommunen) und Mitarbeit in Fachorganisationen und Verbänden.

Der **[33.] Ausschuss für Jugendfürsorge** ist ein ständiger Bundestagsausschuss. Den Vorsitz in der ersten Wahlperiode (1949-1953) hatte zunächst Franz Josef Strauß (CDU/CSU), ab 19.06.1952 Emil Kemmer (CDU/CSU). Stellvertretende Vorsitzende war Marta Schanzenbach (SPD). Der Ausschuss hatte folgende Unterausschüsse: „Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit“ und „Vertrieb jugendgefährdender Schriften“. Sein Name änderte sich ab der zweiten Wahlperiode (1953-1957) in „**[15.] Ausschuss für Jugendfragen**“, in der dritten Wahlperiode (1957-1961) laute die Bezeichnung „**[10.] Ausschuss für Familien- und Jugendfragen**“. Die Ausschüsse waren federführend bei den RJWG-Reformen sowie den Jugendschutzgesetzen.

Blätter der Wohlfahrtspflege (BdW) (Zeitschrift), zuvor „Blätter für das Armenwesen“ (erstmalig erschienen 1848), wurden 1943 aus kriegswirtschaftlichen Gründen eingestellt. Im Jahr 1949 erschien BdW zunächst mit einer regionalen Ausrichtung und dem Zusatz „BdW in Württemberg-Baden“ (bis 1954). Herausgeber der Zeitung war die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen Würt-

temberg unter Mitarbeit der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Württemberg. Zielgruppen waren Verbände und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege. Ab 1952-1957 war Albert Scholl (Leiter des Landeswohlfahrtswerks Baden-Württemberg) Hauptschriftleiter. Ab 1958 teilte er sich diese Position mit Gertrud Ihme.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)** ist der Zusammenschluss der LJÄ. Vorläufer war die Arbeitsgemeinschaft nordwestdeutscher LJÄ, die sich im Nov. 1945 gegründet hatte. Nach dem Beitritt weiterer LJÄ wurde im Dez. 1954 die BAGLJÄ gegründet. Zu den Aufgaben der BAGLJÄ zählen Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und die Erstellung von Veröffentlichungen zu einzelnen Problemen und Arbeitshilfen für die kommunale Praxis. Den Vorsitz übernahm die Leitung des LJA Rheinland in Köln. 1955 bis 1974 war dies →Karl-Wilhelm Jans. Die BAGLJÄ war Mitglied in der →AGJJ, →DV und →AFET. 1960 erfolgte die Namensänderung in „Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden“.

Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk (BAG JAW), gegründet am 19. Mai 1949 in Rothenburg o.d.T., war ein bundesweiter Verband von Organisationen und Trägern der praktischen Jugendsozialarbeit in der BRD und West-Berlin. Die BAG JAW gliederte sich in fünf Trägergruppen: ev. Jugendaufbaudienst, kath. Arbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit, sozialistische Trägergruppe, freie Trägergruppen und die Landesarbeitsgemeinschaften der Jugendsozialarbeit, die in verschiedenen Arbeitskreisen fachspezifische Fragen bearbeiteten (vgl. Abb. 12, S. 50). Neben diesem nach innen gerichteten Erfahrungsaustausch gehörten zu ihrer Tätigkeit auch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Initiator für die Gründung war →Rolf Lenhartz (Bayerisches Jugendsozialwerk), der auch erster Geschäftsführer von 1949-1956 wurde. Ihm folgte in dieser Funktion Hans Peter Mehl (1956-1963). Weitere Vorsitzende waren von 1949-1950 Willi Weber (NRW Sozialministerium), von 1950-1951 Gerhard Heilfurt (Freiwilliger Jugend- und Aufbaudienst Württemberg). Von 1951-1957 übernahm →Pastor Arnold Dannenmann (AGEJD) den Vorsitz (Stellvertreter Wilhelm Kimmerling), von 1957-1965 Andreas Marxen und Irma Keilhack (MdB) als zweite Vorsitzende. Ab 1949 gab die BAG JAW den Informationsrundbrief zur sozialen Lage der Jugend heraus. Die Schriftleitung hatten von 1949-1951 Rolf Lenhartz und Rosemarie Leese inne. Mit der Etablierung des Arbeitsfeldes der Jugendsozialarbeit wurde 1990 die BAG JAW in „Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit“ umbenannt, an dessen Stelle im Jahr 2007 der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit trat.

Bundesjugendkuratorium (BJK), am 6. Dez. 1950 als „Kuratorium für Jugendfragen“, zeitgleich mit dem →BJP vom Bundesinnenministerium (Bundesjugendministerium) eingerichtet. Als Sachverständigenkommission übernahm es die Beratung des Bundesministeriums in Jugendfragen. Im Zentrum standen dabei Angelegenheiten des BJP, Jugendgesetzgebung und besondere Notstände der Jugend. Der jeweilige BM führte den Vorsitz und berief die Mitglieder des Kuratoriums sowie seines ausführenden Aktionsausschusses, welcher nach Bedarf die Bildung

von Sonderausschüssen veranlasste. Mitglieder des BJK waren die obersten Jugendbehörden der Länder, kommunale Spitzenverbände, Konferenz der Kultusminister, Kirchen, →AGJJ, Jugendfürsorgeverbände, →DV, Deutsches Jugendherbergswerk, →BAG JAW, →DBJR, Ring politischer Jugend, Bundesstudentenring, Deutscher Industrie- und Handelstag, Zentralverband des deutschen Handwerks, Gewerkschaften und der Deutsche Bauernverband. 1961 wurde das BJK mit der Novellierung des JWG gesetzlich verankert.

Bundesjugendplan (BJP) ist die Bezeichnung für einen im Bundeshaushalt vorgesehenen Finanzfond zur Förderung und Anregung von Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe. Verkündet wurde der BJP am 20.12.1949 vom damaligen Bundespräsident Theodor Heuss. Von der Vergabe der Mittel profitierten die Jugendhilfeträger auf Bundesebene und die Bundesländer, welche teilweise Landesjugendpläne erließen. Die Empfänger der finanziellen Mittel sowie die Förderungsschwerpunkte waren nicht fest vorgegeben, sondern wurden je nach Bedarf von der Bundesregierung jährlich festgelegt.

Bundesministerium des Inneren (BMI) war während der ersten beiden Wahlperioden verantwortlich für Fragen der Jugend und Jugendhilfe neben der Sozialhilfe (Abteilung: Öffentliche Fürsorge, Jugendwohlfahrt und Leibesübungen (ab 1952: Sozialwesen)). Es war zentrale Ansprechstelle für die Wohlfahrtspflege und stand im Austausch mit deren Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege. Erster Minister des BMI war Gustav Heinemann (CDU), nach dessen Rücktritt löste ihn Robert Lehr (CDU) am 13.10.1950 ab. Ab der dritten Wahlperiode verlor es seine Zuständigkeit für Jugendwohlfahrt, die es an der darum erweiterte →Bundesministerium für Familienfragen (BMFa) abtreten musste.

Bundesministerium für Familienfragen (BMFa) wurde in der zweiten Wahlperiode (ab 1953) eingerichtet und ab der dritten Periode (ab 1957) um den Jugendbereich, der zuvor im →BMI ressortierte, erweitert; die neue Bezeichnung lautete „Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen“. Franz-Josef Wuermeling (CDU) war der Bundesminister für die zweite und dritte Wahlperiode (1953-1962).

Beim **Centralausschuß für die Innere Mission der Evangelischen Kirche in Deutschland (CA)** handelt es sich um den Vorgänger des heutigen →Diakonischen Werkes (DW). Der CA vereinte als Spitzenverband die Einrichtungen, Maßnahmen und Dienste der →IM unter einem Dach. 1946 wurde der CA organisatorisch in einen Ost- und West-Teil aufgeteilt. Für den CA West hatten Friedrich Münchmeyer (späterer Präsident des DW) und →Wilhelm Engelmann (CA-Vorstand) und für CA Ost hatten →Theodor Wenzel (Direktor des IM-Landesverbandes Brandenburg) und W. E. Hagen (vorher geschäftsführender Direktor der IM Berlin) die Ämter als Geschäftsführer und zweiter Direktor inne. Präsident des gesamten CA von 1946-1957 war Hanns Lillje (ebenfalls stellvertr. Ratsvorsitzender der EKD). Bis Mitte der 1950er befand sich der gesamte CA in einer angespannten finanziellen Situation. Aufgrund der Not- und Katastrophenhilfe in der Nachkriegszeit entstand

1945 neben dem CA das →Hilfswerk der EKD als zweite ev. Wohlfahrtsorganisation. Die Beziehung von Hilfswerk und IM war von Spannungen und Konflikten beherrscht, bis zum Zusammenschluss vom ev. Hilfswerk und CA zum →DW im Jahr 1957.

Die Zeitschrift **Deutsche Jugend (Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit)**, erste Ausgabe im Mai 1953, wurde von →Martin Faltermaier (Präses Bay. Jugendring) gegründet und resultierte aus der Zusammenarbeit von Vertretern der konfessionellen Jugendverbände, der Gewerkschaftsjugend, der Sozialistischen Jugend Deutschlands, dem Jugendherbergswerk und der Jugendpolitik. Die Zeitschrift wendete sich an alle Interessenten der Praxis der Jugendarbeit und Jugendpolitik. Neben Faltermaier waren zudem →Arnold Dannenmann (AGEJD), Anton Graßl (Vorsitzender der DGB-Jugend und des DBJR), Willi Ginhold (DGB-Jugend), Heinrich Köppler (BDJK), →Heinrich Lades (BMI) und →Heinz Westphal (SJD-Falken, DBJR) sowie Gerhard Schreeb (BDKJ), Edmund Duda (DGB), Eberhard Stammler (Chefredakteur der „Jungen Stimme“- eine Zeitung junge Christen) mitverantwortlich. Die Schriftleitung hatte Martin Faltermaier, der in der Zeitschrift oftmals unter „M“ publizierte.

Deutscher Bundesjugendring (DBJR), im Mai 1949 in Rothenburg vorbereitet und am 2. Okt. 1949 gegründet, ist ein Zusammenschluss von bundesweit tätigen Jugendverbänden und Landesjugendringen (vgl. Abb. 13, S. 51). Zentrale Aufgaben bestanden in der Förderung der Zusammenarbeit der Jugend, der Schaffung sozialer und kultureller Angebote für Jugendliche, der Planung von gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen, Förderung von internationalen Begegnungen mit dem Ziel der Vermittlung eines demokratischen Weltbildes sowie Stellungnahmen zu jugendpolitischen und jugendrechtlichen Fragen auf Bundesebene. Der DBJR wirkte u.a. an dem →BJP mit, wodurch später die Finanzierung der Aufgaben, die der DBJR übernahm, erfolgte. Erster Vorsitzender von 1949-1952 war Josef Rommerskirchen (BDKJ) mit Stellvertreter Erich Lindstaedt (SJD-Falken). Ab 1952 wechselten die Vorsitzenden und Stellvertreter jährlich. 1952 wurde Willi Ginhold (DGB-Jugend) Vorsitzender und Heinrich Karsch (Ring Dt. Pfadfinderbünde) Stellvertreter. Weitere Vorsitzende und Stellvertreter waren: 1953 →Arnold Dannenmann (AGEJD) und Willi Ginhold (Stellvertreter), 1954 Heinrich Köppler (BDJK) mit Stellvertretungen Gudrun Manns (Dt. Sportjugend) und →Heinz Westphal (SJD-Falken), 1955 Westphal (Vorsitzender) und Stellvertreter Elisabeth Deventer (BDJK) und Martin Gassner (Dt. Sportjugend), 1956 erneut Heinrich Karsch sowie Vertretungen Erwin Schreiber (Bund der dt. Landjugend), Margarethe Krüger (Ring dt. Pfadfinderinnenbünde). Erwin Schreiber blieb von 1957-1958 stellvertret. Vorsitzender neben Teresa Bock (BDKJ) mit dem Vorsitz Martin Gaßner (Dt. Sportjugend). Den Vorstand 1958-1959 bildeten Gerhard Schreeb (BDKJ) und Stellvertretungen Ehrentraud Scholtz (Dt. Jugend des Ostens) und Edmund Duda (DGB-Jugend), 1959-1960 war Vorsitzender Edmund Duda Vorsitzende und Ehrentraud Scholtz sowie Irene Pinkau (AGEJD) stellvertretende Vorsitzende. Von 1960 und 1961 bildeten Harry Ortmann (DAG-Jugend) als Vorsitzender und Erika Böhl (DGB-

Jugend) sowie Heinz-Georg Binder (AGEJD) als stellvertretende Vorsitzende den Vorstand. Die erste Geschäftsführung hatte Eberhard Schmall (1951-1954). Ab 1955 wird die Geschäftsführung hauptamtlich durch Werner Volkmar wahrgenommen. Nach dessen Tod dann ab Mitte 1955 durch Walter Scharnagl. Ab 1958 (bis 1965) wurde →Heinz Westphal zum Hauptgeschäftsführer bestellt. Der DBJR war Hrsg. der Zeitschriften: Informationen des DBJR und →Deutsche Jugend. Der DBJR war Mitglied in der World Assembly of Youth, AGJJ und Dt. Jugendherbergswerk.

Deutscher Caritasverband (DCV) wurde 1897 vom Priester Lorenz Werthmann gegründete und 1916 kirchenamtlich als Spitzenverband der katholisch-caritativen Einrichtungen und Verbände anerkannt. Werthmanns Nachfolger im Präsidentenamt war Benedict Kreutz (1920-1949). Nach Kreutz's Tod fungierten →Franz Müller (1949-1951), →Alois Eckert (1952-59) und →Albert Stehlin (1959-1969) als DCV-Präsidenten. Leiter der Abt. Jugendfürsorge in der DCV-Zentrale war →Gustav von Mann, der auch die Schriftleitung für die vom DCV herausgegebenen Zeitschrift →Jugendwohl hatte.

Der **Deutsche paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV)** entstand aus einem 1920 gebildeten Zusammenschluss von freien gemeinnützigen Kranken- und Pflegeeinrichtungen, die sich nicht einem konfessionell oder weltanschaulich ausgerichteten Wohlfahrtsverband anschließen wollten. Seine Konstituierung erfolgte im Dez. 1924 unter dem Namen „Fünfter Wohlfahrtsverband“, ab Nov. 1932 unter „Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband“, ab Okt. 1949 dann auf der Bundesebene als Spitzenverband. Erster Vorsitzender war →Kurt Göbel (1949-1959); Nachfolger: →Karl Mailänder (1959-60), Ferdinand Saarbourg (1960-1963). Hauptamtliche Geschäftsführerin war Therese Edenweger (1949-1955); Nachfolger: Erwin Stauss (1956-1980). Der DPWV war Herausgeber der →DPWV-Nachrichten.

Der **Deutsche Städtetag (DST)**, 1905 in Berlin als Zusammenschluss zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der Städte konstituiert, wurde 1933 mit anderen kommunalen Spitzenverbänden zum Deutschen Gemeindetag zwangsvereinigt, welcher 1945 aufgelöst wurde. Auf Initiative von Konrad Adenauer wurde der DST wieder ins Leben gerufen (ab 1946 nur in der britisch-amerikanischen Zone, ab 1949 auch in der französischen Zone). Der DST hatte eine beratende Funktion (nicht nur für seine Mitgliedsstädte) und gab Empfehlungen und Stellungnahmen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren ab. Erster Präsident war Hermann Pünder (1945-1948). Es folgten Louise Schroeder (1948-1949, Stellv. Oberbürgermeisterin Berlin), Ernst Reuter (1949-1953; Reg. Bürgermeister Berlin), Ernst Schering (1954-1955; Bürgermeister Köln), Otto Suhr (1955-1957, Reg. Bürgermeister Berlin) und Willy Brandt (1958-1963; Reg. Bürgermeister, Berlin). Nach Peter van Aubel (1946-1951) wurde Otto Ziebill (1951-1964) Hauptgeschäftsführer. Neben der Geschäftsstelle gab es elf Fachabteilungen, die unter der Leitung des Hauptgeschäftsführers und einer Stellvertretung standen. Ab 1947 gab der DST „Schriften des Deutschen Städtetages“ heraus.

Der **Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)**, 1880 als „Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“ in Berlin gegründet, ist ein Zusammenschluss von öffentlichen und freien Trägern. 1919 kam es zur – bis heute gültigen – Namensänderung. Seit den 1920er Jahren verfügte der DV über hauptamtlichen FachreferentInnen und ständige sowie Ad-hoc-Ausschüsse, in denen Vertreter der öffentlichen Fürsorge und der freien Wohlfahrtspflege in sozialen Fragen kooperierten und als Fach- und Experteninstitution wohlfahrtspflegerische Interessen formulierten. Zudem war der DV beratend für Bundes- und Länderstellen tätig. Mitglieder des DV waren sowohl Einzelpersonen (u.a. aus Wissenschaft, Politik und Praxis) als auch öffentliche Verwaltungen, Kommunen, kommunale und freie Spitzenverbände und zahlreiche Fachorganisationen (vgl. Abb. 10, S. 49). Die Mitglieder wählten den Hauptausschuss (mit legislativer Funktion), der wiederum den Vorstand wählte. Der Vorstand setzte für die Bearbeitung besonderer Fragen Fachausschüsse ein. Nach Wiedezulassung des DV durch die Alliierten ab 1946 wurde er unter dem (abermäligem) Vorsitz von →Wilhelm Polligkeit (1946-1950) wiederaufgebaut. Ihm folgte →Hans Muthesius (seit 1948 im Vorstand des DV) von 1950-1964. Kurt Blaum (stellvertretender Vorsitzender 1946-1951) war von 1949-1950 DV-Geschäftsführer, dann Rudolf Pense von 1951 bis 1968. →Hilde Eiserhardt war zweite Geschäftsführerin (1946-1950). Vorstandsmitglieder waren von 1951-1975 Hans Achinger (seit 1949 im Hauptausschuss), Gottlob Binder (1946-1950, zeitgleich stellvertretender Vorsitzender), Hilde Eiserhardt (1947-1950), Hans Muthesius (1948-1977), Hans Reschke (1949-1980); Käthe Petersen (1957-1981); →Helene Weber (seit 1947) →Otto Ohl (1947-1969). Ab 1946 erschien die Zeitschrift →NDV, ab 1947 die Schriftenreihe „Fürsorge und Sozialreform“.

Das **Diakonische Werk (DW)** ging aus dem Zusammenschluss von →IM und dem → ev. Hilfswerk im Jahr 1957 hervor. Die Zusammenlegung führte zu veränderten Strukturen, besonders bei der Verwaltung. Maßgeblich an den Prozessen beteiligt war →Friedrich Münchmeyer (vorher geschäftsführender Direktor des →CA), der von 1957-1962 Präsident des DW war. Neben der Anwerbung von Personal und dem Ausbau der Einrichtungen, kam 1960 als Verbandsaufgabe die Koordination der Hilfe für Hilfsprojekte im Ausland dazu. Die Vereinbarungen für den Zusammenschluss wurden auf 20 Jahre festgelegt, so dass 1975 die formale Auflösung vom →CA und →ev. Hilfswerk und Gründung des „Diakonischen Werkes der EKD e.V.“ stattfand.

DPWV-Nachrichten, Zentralorgan des →DPWV, von Juni 1928-1933 mit dem Titel "Nachrichtenblatt des Fünften Wohlfahrtsverbandes". Ab Feb. 1951 erschien sie zunächst monatlich als Verbandszeitung mit dem Titel "DPWV-Nachrichten". Als Herausgeber fungierte der jeweilige Vorstand des →DPWV. Schriftleitung hatten die DPWV-Geschäftsführerin Therese Edenweger und Kurt Göbel, später Erwin Strauss. Die Zeitschrift richtet sich an Verbandsmitglieder und Fachkräfte sowie an öffentliche und freie Organisationen der Wohlfahrt und Jugendhilfe.

Das **Evangelische Hilfswerk/Hilfswerk der ev. Kirche Deutschlands (HW)** wurde von Eugen Gerstenmaier 1945 als Not- und Katastrophenhilfe neben dem →CA als „Hilfswerk der EKD“ gegründet und bis 1951 geleitet. Neben dem „Zentralbüro“ des HW in Stuttgart wurden bei jeder Landeskirche Hauptbüros sowie örtliche Hilfswerke auf kommunaler Ebene errichtet. Zentrale Mitarbeiter waren →Johannes Wolff (1945-1946 Hauptgeschäftsführer), Wolf von Geersdorf (1946-1950 Hauptgeschäftsführer/Vermögensverwalter), Christan Berg (stellv. Generalsekretär), Paul Collmer (Hauptgeschäftsführer ab 1946) und Herbert Krimm (1945-1950 ebenfalls Hauptgeschäftsführer, ab 1951 Leiter des Zentralbüros des HW). Die Entgegennahme und Verteilung von In- und Auslandsspenden war die Hauptaktivität des HW. Das HW bot Arbeit sowie Umschulungen bzw. Qualifizierungen für Flüchtlinge, Kriegsversehrte und Erwerbslose. Gleichwohl es Kontakte und Zusammenarbeit mit der IM gab, war das Verhältnis konfliktbelastet. Langwierige Versuche einer Fusion von CA und Zentralbüro des HW gelangen erst mit dem Zusammenschluss zu "Innerer Mission und Hilfswerk der EKD" im Jahr 1957. Mit der Gründung des "Diakonischen Werkes der EKD e.V." im Jahre 1975 wurde das Hilfswerk der EKD formel aufgelöst.

Evangelische Jugendhilfe (ej) (Zeitschrift), Nachfolge der seit 1880 herausgegebenen Zeitschrift „Der Rettungshausbote“, richtete sich an ev. Jugendhilfeeinrichtungen bzw. Mitgliedereinrichtungen der →IM. Zunächst als monatliche Beilage "Der Inneren Mission" im Auftrag des CA (1950-1951) erschien sie ab 1952 als eigenständige Zwei-Monatsschrift. Herausgeber der Zeitschrift von 1952-1958 war der EREV-Geschäftsführer →Karl Janssen, gemeinsam mit →Walter Becker (RDir. Hamburg), Hans-Georg Isermeyer (Pastor, Reichskonferenz der ev. Mädchenheime, Pastor Rudolf Bellingrodt, Verwaltungsrat Alwin Brockmann, Paul Buntrock und Gustav Lesemann, ab 1958 kamen Günther Collatz (Geschäftsführer AGEJD), →Wilhelm Engelmann (Hilfswerk der EKD) und Johannes Kleivinghaus (Leiter Wittekindshof-Diakonische Stiftung) als Herausgeber hinzu. Die Schriftleitung hatten Ilse Timmermann (1952-1954) und Olga Glaue (1955-1958, Ev. Reichserziehungsverband). Die Zeitschrift wurde 1958 eingestellt und erschien von diesem Zeitpunkt an als Zeitschrift →„Sozialpädagogik: Zeitschrift für Mitarbeiter“.

Die **Gilde Soziale Arbeit** wurde im Frühjahr 1925 durch Justus Ehrhardt (ehemaliger Wandervogel), Alwin Brockmann, Max Martin und Werner Kindt zunächst mit der Bezeichnung "Gildenschaft Soziale Arbeit" gegründet. Sie war ein Zusammenschluss von in der Sozialen Arbeit haupt- oder ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern, die keiner spezifischen Wertorientierung gehören. Anliegen der Gilde Soziale Arbeit war die Beseitigung sozialer Missstände, welches sie durch Stellungnahmen und Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder anstrebte. Nach der vorläufigen Einstellung der Tätigkeit der Gilde während der NS-Zeit kam es 1947 zur Neugründung auf Ludwigstein durch Anneliese Hückstädt. Zu den bedeutendsten Mitgliedern zählten unter anderem →Curt Bondy, Herbert Francke, Walter Hermann, August Oswald und Hermann Schafft. Seit 1947 gab die Gilde den „Rundbrief der Gilde Soziale Arbeit“ für Mitglieder heraus.

Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO), der Ende 1919 von der Frauensekretärin im SPD-Parteivorstand, Marie Juchacz, gegründete Wohlfahrtsverband Arbeiterwohlfahrt und sein Spitzenverband, der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt, waren ein Zusammenschluss sozialdemokratischer Wohlfahrtsorganisation. Die AWO war organisatorischer Teil der SPD und wurde mit ihr während der NS-Zeit verboten. Den Neuaufbau der AWO, zunächst aus der SPD-Parteizentrale heraus, organisierte im wesentlichen Lotte Lemke als Geschäftsführerin (1946-1965), wie auch schon 1929-1933, ab 1953 zudem in der Position der stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Den Vorsitz hatte zunächst Robert Görlinger (1946-1949; Bürgermeister von Köln, SPD-Parteivorstand), dann bei Heinrich Albertz (1949-1965; Senatsdirektor Berlin, späterer Bürgermeister von Berlin). Die Leitung der Referate „Jugendwohlfahrt“ und „Soziale Ausbildung, Schule und Fortbildung“ des Spitzenverbandes lagen ab 1953 bei →Christa Hasenclever. Mit der neuen Satzung (1947) erfolgte (rechtlich) eine organisatorische Trennung des Wohlfahrtsverbandes von der SPD. Der 1947 begonnene Wandel der Vereinsform zog sich bis 1965 zur Vereinheitlichung der Arbeiterwohlfahrt.

Innere Mission (IM) wurde 1849 von Johann Hinrich Wichern gegründet. Sie ist die Bezeichnung für den ev. Wohlfahrtsverband als Gesamtverband, während der →CA der Spitzenverband für die IM ist. Die IM entwickelte sich zum zweitgrößten Wohlfahrtsverband. Die IM war in allen Sektoren und Formen der praktischen Fürsorge tätig.

Jugendwohl (Zeitschrift) erschien erstmalig 1920. Sie wurde 1938 eingestellt und erschien ab Sept. 1948 wieder regelmäßig. Herausgeber war der DCV. Von 1932-1957 war →Gustav von Mann-Tiechler (DCV) für die Schriftleitung verantwortlich, ab 1958 übernahm →Paul Schmidle (DCV), der bereits vorher als Mitarbeiter tätig war, die Hauptverantwortung. Die Zielgruppe stellten die Kräfte der katholischen Kinder- und Jugendfürsorge dar.

Der **Katholische Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder (KFV)** wurde 1900 von Agnes Neuhaus (Vorsitzende von 1900-1944) gegründet. Neuhaus und →Elisabeth Zillken als Generalsekretärinnen (1916-1958) bauten der KFV in den 1920er Jahren zu einem Trägerverband der kath. Jugend- und Gefährdetenfürsorge aus. Der Verein bestand aus den rechtlich selbstständigen Ortsgruppen, die über eigene Heime und Einrichtungen verfügen. Neben speziellen Hilfen für Frauen und Mädchen in schwierigen Lebenslagen entfaltete der KFV auch weitreichende fachpolitische Aktivitäten auf der reichs-, später bundespolitischen Ebene. Aufgrund des erhöhten Bedarfs der Nachkriegszeit wurden mehr hauptamtliche Mitarbeiterinnen eingestellt, allerdings überwog die Anzahl der ehrenamtlichen Helferinnen. Zillken war von 1944-1971 Vorsitzende des Gesamtvereins, bis auf 1950-1953 - für diesen Zeitraum übernahm Johanna Schwering (aus Hamm) den Vorsitz. Der KFV war dem →DCV als Fachverband angeschlossen. Während der Geschäftsführerschaft von Else Mues (1958-1980) änderte der KFV 1968 seinen Namen in „Sozialdienst katholischer Frauen“ (SkF).

Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV). Zentralorgan des →DV. Die Erstausgabe der Zeitschrift erschien 1920. Bis 1950 war der Begründer der Zeitschrift →Wilhelm Polligkeit (Vorsitzender des DV) als Herausgeber tätig. Ab 1951 übernahm der spätere Vorsitzende →Hans Muthesius). Die Schriftleitung hatte zu Beginn Polligkeit, anschließend Kurt Blaum (1950) und Rudolf Pense (ab 1951 bis mindestens 1963). Die Zeitschrift informierte ihre Mitglieder über die Vereinsarbeit, Stand und Entwicklungen in der Sozialen Arbeit und über den Stellenmarkt im sozialen Bereich.

Neues Beginnen (Zeitschrift), erstmalig am 1.10.1947 erschienen. Die AWO agierte als Herausgeber und Verleger, 1947-1949 durch den Ortsausschuss Bremen, 1950-1951 durch den Hauptausschuss Hannover und ab 1952 durch den Hauptausschuss in Bonn. Von August 1955 bis 1956 wurde der Zeitschrift die Beilage „Unsere Arbeit“ hinzugefügt, die sich an Mitglieder, Helfer und Förderer der AWO richtete, später dann als eigenständige Zeitschrift veröffentlicht wurde. Die Schriftleitung lag bei Frida Paul (1947-1950) und Lotte Lemke (1951-1955). Ab 1956-1963 (eventuell auch darüber hinaus) ist einzig Lotte Lemke als Schriftleitung tätig. Ab 1971 wurde die Zeitschrift in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP) umbenannt.

Sozialpädagogik (Zeitschrift) erschien erstmals 1959 als Nachfolger der Zeitschrift →Evangelische Jugendhilfe. Die Schriftleitung hatte Albrecht Müller-Schöll (Sozialreferent der AGEJD) in Verbindung mit Bernhard Kraak und Jutta Fröhlich. Herausgeber waren: →Arnold Dannenmann (AGEJD), →Wilhelm Engelmann (Hilfswerk der EKD), Olga Glaue, →Karl Janssen, Johannes Kleivinghaus, Manfred Müller. 1997 wurde das Erscheinen der Zeitschrift eingestellt.

Unsere Jugend (UJ) ist eine 1949 von →Hermine Abers (LJA Hamburg), →Elisabeth Bamberger (Jugendamt München) sowie vom Psychologen und Pädagogen Adolf Busemann (Marburg) gegründete Fachzeitschrift, die von den LJÄ gefördert wurde. Die Schriftleitung hatte →Andreas Mehringer (Waisenhausdirektor München). Die Zeitschrift richtete sich an die im Feld der Jugendhilfe tätigen Menschen. Inhaltlich befasste sich die Zeitschrift mit allen Bereichen der Jugendhilfe.

Volkswartbund wurde 1927 als Dachorganisation der kath. Sittlichkeitsvereine gegründet. Vorgänger war der „Kölner Männerverein zur Bekämpfung der öffentlichen Sittlichkeit“ aus dem Jahr 1898. Trotz der Nähe zur NS-Ideologie wurde der Verband nach Kriegsende von den Alliierten und mit Hilfe der kath. Kirche zu einem zentralen Akteur im Sittlichkeitskampf, so dass er 1948 die Federführung des Zusammenschlusses von verschiedenen Organisationen zur „Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung“ übernahm. Organisatorisch gliederte sich der Volkswartbund in eine Mitgliederversammlung und den Vorstand. Generalsekretär war von 1927-1958 der Theologe, Philosoph, Volkswirtschaftler Michael Calmes, ab 1959 Friedrich Weyer. Vereinsvorsitzender waren Heinrich Claes (1937-1959) und danach Anton Hemmersbach. Der Volkswartbund war dem

→DCV als Fachverband und dem →DV als Verband angeschlossen. Unterstützt durch Einzelmitglieder, die sich der kath. Sittlichkeitsbewegung angeschlossen hatten, arbeitete der Verein auf Bundes-, Landes- und Ortsebene. Zentrale Aufgabenbereiche bestanden in dem Kampf gegen unsittliches Verhalten, z.B. Freikörperkultur, Prostitution, Homosexualität sowie Schund- und Schmutzliteratur und jugendgefährdende Veranstaltungen. Er erhielt bereits 1949 staatliche Fördermittel, später wurde er aus dem →BJP finanziert. Der Volkswartbund wurde 1951 in die „Bischöfliche Arbeitsstelle für Fragen der Volkssittlichkeit“ überführt. Durch die seit 1908 bestehende Zeitschrift „Der Volkswart“ und den Mitgliederrundbrief wurden die Einzelmitglieder (1962 ca. 3000) erreicht.

Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt (ZblJugR) (Zeitschrift) erschien erstmals 1909 als Zentralblatt für Vormundschaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung. 1924 fand eine Umbenennung in „Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt: Organ des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen“ statt. Erscheinen von 1945-1949 eingestellt, Wiedererscheinen ab 1950 mit dem 37. Jahrgang. Die Herausgeber waren: Karl Haff (Vorsitzender des Deutschen Instituts für JH), →Johannes Wolff (Vorsitzender des →AFET), Änne Thölenjohann (ORR im Sozialministerium NRW) und Ludwig Zimmerle (RD im Ministerium des Innern des Landes Württemberg-Hohenzollern). Verantwortlich für die Schriftleitung war Heinrich Webler (Dir. des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen). Die Zeitschrift widmete sich schwerpunktmäßig Fragen des Jugend(-hilfe)- und Familienrechts.